

Tagesordnung I Punkt 8.1 der öffentlichen Sitzung am 20. Dezember 2012

Antrags-Nr. 12-F-33-0141

**Endlich Plan B für das ehemalige Gerichtsareal entwickeln  
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 17.12.2012 -**

Die Stadtverordnetenversammlung *möge beschließen:*

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt mit Bedauern die aktuelle Debatte über die Umsetzbarkeit der geplanten Entwicklung des ehemaligen Gerichtsgeländes als Campus der EBS-Universität in der bisher bekannten Form zur Kenntnis.

Sollte am Ende des derzeitigen Klärungsprozesses die sogenannte ‚kleine Lösung‘ stehen, dann

- a) entfällt der Beitrag der Stadt zur Quartiersentwicklung in Höhe von 10 Mio. Euro.
- b) muss bei der weiteren Entwicklung des Quartiers Ersatz geschaffen werden für die nicht zur Umsetzung kommenden, bisher geplanten Nutzungen. Der Magistrat wird für diesen Fall gebeten, ein alternatives Konzept zur weiteren Entwicklung des Quartiers zu erarbeiten.

---

**Beschluss Nr. 0699**

Der gem. Antrag von CDU und SPD vom 17.12.2012 betr.

Endlich Plan B für das ehemalige Gerichtsareal entwickeln

wird angenommen.

Dem Magistrat  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .12.2012

Nickel  
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat  
-16 -

Wiesbaden, .12.2012

Dezernat I  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dr. Müller  
Oberbürgermeister